

Seebrücke Bad Kreuznach, Netzwerk am Turm e.V.  
Wassersümpfchen 23, 55543 Bad Kreuznach  
Bad-kreuznach@seebruecke.org



## Seebrücke Bad Kreuznach:

### Aufnahme von Geflüchteten im Landkreis

Die Initiative Seebrücke Bad Kreuznach fordert den Landkreis und die Stadt Bad Kreuznach auf, zusätzlich Flüchtlinge aufzunehmen und hier vor Ort beim Ankommen zu unterstützen. Das Sterben von Menschen im Mittelmeer und die Not in unzureichenden Lagern etwa in Griechenland und in Bosnien wollen wir nicht länger hinnehmen.

Wir meinen: **Es ist Platz in unseren Kommunen, um weitere Menschen auf der Flucht aufzunehmen!**

Wir verweisen auf eine breite Initiative von Kirchen, Vereinen und Vereinigungen in Rheinland-Pfalz, die sich mit der Forderung nach einem Landesaufnahmeprogramm von 2020 weiterhin gemeinsam für eine Aufnahme von Menschen auf der Flucht einsetzen, die vor den Außengrenzen Europas und in prekären Flüchtlingslagern in Griechenland und auf dem Balkan leben. (siehe unten, Anlage)

### Wir fragen Sie:

1. Wie ist die Haltung Ihrer Partei zu der Forderung eines Landesaufnahmeprogramms für Rheinland-Pfalz?
2. Welche Anstrengungen werden Sie unternehmen, um sich für ein Landesaufnahmeprogramm in Rheinland-Pfalz einzusetzen?
3. Wie stehen Sie zur Aufnahme weiterer Flüchtlinge in Stadt und Landkreis Bad Kreuznach?
4. Was sind Ihnen die wichtigsten Anliegen für die Integration von Geflüchteten vor Ort?

## **Anhang:**

### **Weil es Menschlichkeit und Solidarität gebieten! #RLPnimmtauf**

Hiermit fordern wir, ein Bündnis aus DGB Rheinland-Pfalz/Saarland, LIGA Rheinland-Pfalz, RESQSHIP, Seebrücke Mainz, Initiativausschuss für Migrationspolitik, AK Asyl Rheinland-Pfalz, Aktiv für Flüchtlinge Rheinland-Pfalz, Armut & Gesundheit Deutschland e.V. sowie den Evangelischen Kirchen in Rheinland-Pfalz und dem Katholischen Büro Mainz, die rheinland-pfälzische Landesregierung auf:

1.) Schaffen Sie mit einem dauerhaften Landesaufnahmeprogramm sichere und legale Zugangswege und eine Lebensperspektive für jährlich 1.000 besonders verletzte Flüchtlinge aus den Flüchtlingslagern in Libyen, dem Libanon und anderen Erstaufnahmeländern!

2.) Setzen Sie alle Hebel in Bewegung, damit die Bundesregierung endlich ein dauerhaftes Aufnahmeprogramm für im Mittelmeer aus Seenot gerettete Personen, für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge in griechischen Flüchtlingslagern und für Schutzsuchende auflegt, die auf der sogenannten Balkanroute festsitzen. Setzen Sie ein Zeichen, indem Sie der Bundesregierung zusagen, im Rahmen eines solchen Programms pro Jahr 200 Flüchtlinge mehr aufzunehmen, als Sie es nach dem innerdeutschen Verteilmechanismus (Königsteiner Schlüssel) eigentlich müssen!

### **Begründung**

Nach aktuellen Schätzungen des UN-Flüchtlingskommissariats benötigen derzeit etwa 1,4 Millionen besonders verletzte Flüchtlinge dringend einen Aufnahmestaat. In Libyen, dem Libanon und anderen Staaten, wo sie sich unter verheerenden Bedingungen in Lagern aufhalten müssen, sind ihr Leben, ihre Freiheit, ihre Sicherheit und ihre Gesundheit in konkreter Gefahr.

Besonders betroffen von dieser Situation sind: - Flüchtlinge, die selbst oder deren Angehörige Folter oder Gewalt erfahren haben - Flüchtlinge, die dringend auf medizinische Behandlung angewiesen sind - Frauen, die alleine oder mit ihren minderjährigen Kindern auf der Flucht sind - Familien mit heranwachsenden Kindern, die besonderen Risiken ausgesetzt sind - unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Den Versuch, den menschenunwürdigen Lebensbedingungen in den Lagern zu entkommen, bezahlen viele von ihnen mit dem Leben. Allein im letzten Jahr sind fast 2.000 Flüchtlinge im Mittelmeer auf der Suche nach Schutz ertrunken, weil die staatliche europäische Seenotrettung schon vor Jahren eingestellt wurde. Für diejenigen, die von zivilgesellschaftlichen Seenotrettern vor dem Ertrinken bewahrt werden, findet sich in Europa kaum ein Land, das zur Aufnahme bereit ist. Und wer es

trotz aller Gefahren ans europäische Festland schafft, wird in den völlig überfüllten Lagern in Griechenland, Malta oder Italien sich selbst überlassen oder ohne jede Perspektive auf der sogenannten Balkanroute festgesetzt.

Diese Situation ist unter humanitären Gesichtspunkten nicht hinnehmbar und einer den Menschenrechten verpflichteten Europäischen Union unwürdig.

In Rheinland-Pfalz haben Städte wie Mainz, Trier, Kaiserslautern, Ludwigshafen, Speyer und Ingelheim sowie weitere Landkreise und Gemeinden ihre Bereitschaft erklärt, mehr Flüchtlinge aufzunehmen, als ihnen regulär zugewiesen werden. Dort und in vielen anderen Städten und Gemeinden in unserem Bundesland stehen Unterkünfte zur Verfügung oder könnten sie kurzfristig reaktiviert werden. Die Bereitschaft zu haupt- und ehrenamtlichem Engagement ist weiterhin groß.

Ausführliche Hintergrundinformationen zur Situation von Menschen auf der Flucht haben wir zudem hier zusammengefasst:

<https://www.docdroid.net/wddXGC6/280420-hintergrund-forderung-landesaufnahme-pdf>

Diesen Aufruf unterstützen mehr als 50 Organisationen, Initiativen und Einrichtungen in Rheinland-Pfalz sowie zahlreiche Einzelpersonen. Alle Unterzeichner\*innen können Sie hier einsehen: <https://www.docdroid.net/EYEyAyv/erstunterzeichner-pdf>